

Buchbinder-Zeitung

Ersteinst. Sonntag.
Abonnementspreis 1.00 Mark pro
Quartal erst Beleggeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro viergespaltene Zeile 20 Pf.;
für Bandmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Beramt-
lungsmeldungen je 20 Pf. Privat-
anzeigen je der Betrag beizufügen.

Nr. 27.

Berlin, den 4. Juli 1915.

31. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die **Zahlstellen Danzig und Neuwied a. Rh.** sind mit dem 1. Juli aufgelöst worden. Die an beiden Orten vorhandenen Mitglieder wollen sich als Einzelmitglieder bei den zuständigen Geworkevorständen anmelden, und zwar die in Danzig bei D. Kohnert, Königsberg i. Pr., Krugstr. 94 II, und die in Neuwied bei H. Groenhoff, Elberfeld, Kohstr. 7.

2. Die **Berichtskarten für das Statistische Amt** bitten wir unverzüglich an uns einzuliefern. Spätestens am 11. Juli müssen alle Karten in unseren Händen sein.

Der Verbandsvorstand.

Mahnworte eines Veteranen der Arbeiterbewegung.

In der „Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes“ wird auch des Genossen Albert Paul-Sannover Erwähnung getan, der 1893 auf dem Parteitag in Köln, wo selbst ein Bebel erklärte: „Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem anderen abgeschnitten“ — den berufenen und unberufenen Kritikern der Gewerkschaften, die sich schon zum Totengräberamt rüsteten, das prophetische Wort zurief: „Aber die Zeit der Gewerkschaften ist noch nicht erfüllt, ihre Bedeutung ist noch nicht herabgemindert, sie sind notwendiger als je.“ Dieser selbe Albert Paul, jetzt Arbeitersekretär in Hannover, auf den der verstorbene Bömelburg große Stücke hielt, ein gewerkschaftlicher und politischer Organisator, der schon im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse stritt und litt, als fast alle von uns noch die Hinderboien trugen, richtet im „Grundstein“, dem Wochenblatt des Banarbeiterverbandes, einnehmende Worte an seine Klassen Genossen. Dieser große Veteran der deutschen Arbeiterbewegung hat schon vor 30 bis 40 Jahren die heftigen inneren Kämpfe zwischen den „Lassalleonern“ und „Eisenachern“ miterlebt, wurde auch ein Opfer des Sozialistengesetzes und erinnert nun mit hohem Ernst an jene Zeit, wo die beste Kraft der Arbeiterbewegung in inneren Streitigkeiten aufgebraucht worden ist, während die Rückwärtsentwicklung der Arbeiterbewegung durch die Ablehnung der Kriegskredite dem deutschen Volk hätte nützen können. Unser vielersahrener Veteran beantwortet diese Fragen mit einem entschiedenen Nein! Albert Paul schließt seine allseitig zu beherzigenden Ausführungen mit folgenden Mahnwörtern:

„Nun noch ein ernstes Wort: Ein Mann, der sein Vaterland nicht liebt, ist kein Freund der Arbeiter. Mit dem Augenblick, wo er sein Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stiche

läßt und es dem Feinde überantwortet, verrät er sein Vaterland und damit auch die Arbeiter, die die Mehrzahl der Einwohner des Landes bilden. Ein solcher Mensch kann auch kein Führer der Arbeiter sein; denn er wird ihr Vertrauen mißbrauchen und es nur seinen eigensüchtigen Zwecken dienstbar machen wollen. Darum, wer te Kollegen, laßt Euch nicht von einigen unzufriedenen, nörgelnden Menschen beeinflussen! Laßt Euch nicht zersplittern, wodurch wir nur zur Ohnmacht verurteilt würden! Welch unendliche Mühe und Arbeit hat es gekostet, um die Arbeiterbewegung auf die heutige Höhe zu bringen! Das kann nur der beurteilen, der selbst jahrelang in mühevoller Arbeit mitgewirkt hat. Fragt die Splitterrichter, was sie schon für die Arbeiterbewegung getan haben, dann werdet Ihr ein klägliches Resultat erfahren. Laßt Euch nicht irremachen; weist die Zersplitterer der Arbeiterbewegung weit von Euch; denn sie wollen das frevelhaft aufs Spiel setzen, was Ihr Euch in zäher und schwerer Arbeit geschaffen habt. Jahrzehntelange, mühevoll Arbeit wäre dann vergeblich gewesen. Laßt Euch nicht von dem Schlagworte „Imperialismus“ betören. Wenn wir in dem Kriege unterliegen, dann wäre der deutsche Imperialismus allerdings vorläufig beseitigt; aber an dessen Stelle hätten wir einen viel schlimmeren, nämlich den russisch-französischen Imperialismus. Das darf nie und nimmer geschehen! Wer die Kämpfe in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zwischen Eisenachern und Lassallekämpfern mit durchgemacht hat, wo sich die beiden feindlichen Brüder nicht nur mit Worten, sondern auch mit Säufen bekämpften, der sehnt sich nicht nach einer Wiederholung. Solange wir entzweit waren, waren wir ohnmächtig, die Kraft und Stärke der Partei und der Arbeiterklasse trat erst mit dem Jahre 1875 ein, als sich die feindlichen Brüder auf dem Kongreß in Gotha freundschaftlich und freundlich die Hand reichten unter dem Leitwort: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern! Ein einzig Volk von Brüdern müssen und wollen wir bleiben!“

So der alte kernfeste, knorrige, mit derber Deutlichkeit seine Meinung ausprechende, ehemalige Maurergeselle. Wir müssen gestehen, das Urteil dieses in allen Stürmen der Arbeiterbewegung wetterfesten Mannes aus dem Volke gilt uns mehr als die wortreiche Rhetorik von einem ganzen Duzend Advokaten oder die mit glatten Redensarten verkleidete Rabulistik wirklichkeitsfremder Literaten, deren Lebenserfahrung nicht in die Tiefen der Arbeiterseele hineinblicken Gelegenheit hatte, weil sie ihre Kenntnis der Arbeiterbewegung nur in Versammlungssälen gesammelt, wo eine beifallsfreundige Zuhörerschaft demjenigen am leichtesten Zustimmung erteilt, der ihr von der schnellsten Abwirtschaffung des Kapitalismus und der unbegrenzten Macht des Proletariats die weitgehend-

sten Perspektiven eröffnet. Wer aber das arbeitende Volk in seines Wesens Kern kennen lernen will, der muß es in seiner Verfassung, in der Fabrik und vor allem nach Niederlagen bei Streiks oder bei langdauernden Wirtschaftskrisen beobachten und solche Ereignisse mit erlebt haben.

Man mißverstehe uns nicht: Wir sind keine Verächter der intellektuellen Berufe, denn wir brauchen sie notwendig, die Kenner und Verfechter des Rechts und der Rechtswissenschaft, ebenso auch die Berufsschriftsteller, was schon durch die Vielseitigkeit der zu bewältigenden Aufgaben, die Größe unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und die dadurch gegebene Arbeitsteilung bedingt ist. Wir wissen sehr wohl, daß es unter ihnen viele höchst ehrenwerte, kenntnisreiche, verantwortungsbewußte Genossen gibt, auf die mit vollem Recht das freilichgütliche Wort angewandt werden kann:

Jedem Ehre, jedem Preis!
Ehre jeder Hand voll Schweiß!
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen!
Ehre jeder nassen Stirn
Hintern Pflugel — Doch auch dessen,
Der mit Schädels und mit Hirn
Hungernd pflügt, sei nicht vergessen!

Jedoch in einer Partei, der nach Bebel Kretzi und Plethi zuströmt, gibt es auch solche, die an sich brave Leute sein mögen, aber schlechte Politiker sind. Und daß gerade unter den sogenannten „Intellektuellen“ unrichtige Beurteilung der wahren Stimmung und der wirklichen Interessen der Arbeiterklasse trotz aller „wissenschaftlichen“ Getues leichter anzutreffen ist, als unter den „Männern der schwieligen Faull“, wie Heinrich Cunow neulich im „Samburger Echo“ dargelegt hat, ist auch wieder verständlich, denn niemand kann aus seiner Haut heraus. Den besten Beweis hierfür liefert auch die Geschichte der Arbeiterbewegung. Abgesehen von einigen glänzenden Ausnahmen, haben im allgemeinen die einfachen Männer aus dem Volke in Zeiten, wo alles noch in ein gewisses Dunkel gehüllt war, die Bedeutung der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, die soziale Gesetzgebung, ja sogar die Notwendigkeit der Beteiligung an den politischen Wahlen durchweg eher begriffen als die „Intellektuellen“. Das ist übrigens keine ganz neue Erscheinung. Spottete das Volk doch schon 1848/49 angesichts des Frankfurter Schwabparlaments, in dem viele Professoren und Advokaten saßen:

Hundertundfünfzig Professoren —
Vaterland, Du bist verloren!
Hundertundfünfzig Advokaten —
Vaterland, Du bist verraten!

Als reiner Zufall ist es sicher nicht zu betrachten, daß bei den sich leider vor unseren Augen abspielenden inneren Kämpfen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Ge-

werkschaffler fast geschlossen dastehen. Durch die Indiskretionen der „Berner Tagwacht“, des „Vorwärts“ und Blätter ähnlichen Schlages, ist ja manches in die Öffentlichkeit gedrungen. Danach stimmten am 4. August 1914 im Reichstage von der Fraktion gegen die Kriegskredite: Albrecht, Antrich, Bod, Geyer, Haase, Senke, Herzfeld, Künert, Ledebour, Lenich, Liebnecht, Peirates, Mühlle und Vogtherr. Und am 20. März 1915 stimmten gegen das Budget, in dem die Kriegskredite enthalten waren, Liebnecht und Mühlle, während vor der Abstimmung den Sitzungsaal verließen: Albrecht, Antrich, Paudert, Bernstein, Bod, Brandes, Büdner, Davidsohn, Littmann, Emmel, Juchs, Geyer, Haase, Senke, Herzfeld, Bod, Hofrichter, Horn, Künert, Ledebour, Rentert, Peirates, Raute, Schmidt (Weihen), Schwarz (Lübeck), Simon, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Jubelt. Unter den 14 Kreditverweigerern am 4. August befand sich nur ein Gewerkschaffler, wenn man ihn als solchen ansehen will: Bod (Gosha), und unter den 32 vom 20. März nur drei: Bod, Brandes und Simon.

War schon der 20. März ein schwarzer Tag in der Geschichte der Sozialdemokratie, so ist noch viel unerfreulicher, was seitdem folgte und auch schon vorher nebenherlief: „Die Obstruktion des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“ gegen die Parteipolitik und die gleichartigen Versammlungsreden des Parteivorstandes Haase. Hätte Bebel wohl jemals so etwas gemacht als Parteivorstand, gegen seine eigenen, im Namen der Partei im Reichstage abgegebenen offiziellen Erklärungen und gegen Parteivorstand und Fraktion einen Versammlungsfeldzug zu eröffnen? — Wir glauben es nicht, daß er sich eine solche Auffassung von Parteidisziplin und Eingiebigkeit hatte.

Noch sonderbarer ist die Auffassung, die internationale Solidarität könne dadurch befördert werden, indem man Völkertum in die Organisationen des eigenen Landes trägt. Die Auffassungen über die Bedeutung der Internationale sind überhaupt recht verworren. Tatsache ist, daß die politische Internationale über Kongressresolutionen und Kongressfreundschaften noch nicht hinausgekommen ist, während die gewerkschaftliche Internationale viel Wertvolleres und Greifbareres geschaffen hat.

Zu was die internationalen Verbindungen gewissen „Politikern“ dienen müssen, geht aus einer Notiz des „Hamburger Echo“ vom 22. Juni: „Amerikanisches Geld zur Parteizersplitterung in Deutschland“, hervor, wonach sich der Redakteur des berüchtigten Skandalblattes „Berner Tagwacht“, Robert Grimm, ein ehemaliger Lehrer (ein netter Volkserzieher!) nach einem von ihm geschriebenen, in der „New Yorker Volkszeitung“ veröffentlichten Briefe Geld „zur Unterstützung der Opposition“ von den amerikanischen Genossen erbeten hat. Anstatt des Marxischen Wortes: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ — wird nun wohl bald der Aufruf des neuen „Führers der Internationale“, Grimm in Bern, heißen: „Proletarier aller Länder, gebt Geld zur Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung!“

In der Gewerkschaftsbewegung sind glücklicherweise solche Zustände wie in der Partei längst und hoffentlich für immer überwunden. Und wir müssen es mit aller Entschiedenheit zurückweisen, wenn durch die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie, die zweifellos sich schon als Sonderorganisation konstituiert hat, versucht wird, durch Aufrufe und Aufforderung zum Abdruck von Aufrufen die Gewerkschaften und ihre Organe als Förderer der Uneinigkeit und von Sonderorganisationen in der Partei zu

mißbrauchen, und sie dabei der Gefahr des Verbots ihrer Zeitungen, ja ihrer Auflösung aussetzen.

Wehr wie je ist solchen zeretzenden Tendenzen gegenüber das Mahnwort des Genossen Paul angebracht, zu dem wir stehen:

Ein einzig Volk von Brüdern müssen und wollen wir bleiben!

Fürsorge für Kriegsinvalide.

Kriegsinvalide! Ein Wort, von dem Zeitschriften geboren und ein Teil der Schrecknisse des Kriegs in sich bergend. Doch den vorliegenden Meldungen übertrifft der jetzige Krieg auch in bezug auf die Menschenopfer weit alle vorhergehenden. Aber nicht nur die Zahl der Todesopfer ist eine große, sondern auch die der Schwerverletzten, derjenigen, die nicht mehr an die Front zurückkommen, ist bedeutend. Unzweifelhaft ist die ärztliche Wissenschaft, insbesondere Chirurgie und Orthopädie, gegenüber 1870/71 fortgeschritten, sind namhafte Erfahrungen in den verflochtenen Jahren gemacht worden. Tausende können jetzt durch sie dem Leben, der Familie und der Gesellschaft erhalten werden. All den Verkrüppelten, denen ein Arm oder Bein abgenommen werden mußte oder die Gliedmaßen durch Schußverletzungen verloren haben, gilt es zu sagen, daß sie trotzdem keine Ursache haben, am Leben zu verzweifeln.

Nicht nur das menschliche Mitgefühl, nicht nur ethisch-moralische Gründe sind es, die die Daseinsgebliebenen zwingen, sich mit der Kriegsinvalidenfürsorge zu beschäftigen, sondern auch aus Gründen der Volkswirtschaft hat die Gesellschaft ein Interesse daran, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Sind es doch Leute im Alter von 20 bis 45 Jahren, also in dem Lebensalter, von dem man sagen kann, es sei das beste Mannesalter, die bei der Kriegsinvalidenfürsorge in Betracht kommen. Der Staat, die Gesellschaft, für die die Soldaten ihr Leben ließen, für die sie zum Krüppel wurden, hat die Verpflichtung, für die Hinterbliebenen, für die Krüppel zu sorgen. Das darf nicht allein dadurch geschehen, daß der Staat eine Rente zahlt, die in zahlreichen Fällen zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig ist, sondern auch dadurch, daß man bemüht ist, die noch vorhandene Arbeitskraft des Verletzten der Gesellschaft zu erhalten.

Wenige Monate nach Ausbruch des Krieges regte sich die private Wohltätigkeit, wurden Komitees gebildet, um dieser Frage Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wenn etwas nicht geeignet erscheint, der privaten Wohltätigkeit überlassen zu werden, dann die Unterbringung der Kriegsinvaliden in Handel, Gewerbe oder Landwirtschaft. Hierzu gehört eine einheitliche Organisation mit einer Zentralstelle, die gleichsam amtlichen Charakter erhält und deren Beschlüsse respektiert werden müssen. Die erste Anregung zur Schaffung einer solchen Organisation gab der Präsident des Reichsversicherungsamts. Der preussische Kriegsminister übernahm diese Anregung, vom Reichsamt des Innern wurden dann die weiteren Vorarbeiten übernommen. In jedem Bundesstaat, in jeder preussischen Provinz sollen Ausschüsse gebildet werden, die sich mit der Frage der Unterbringung der Kriegsinvaliden zu beschäftigen haben.

Leider fehlt die Zentralstelle, und so haben wir aus dem bisher vorliegenden Material, daß jeder Ausschuss die Sache von einer anderen Seite ansieht, Fragebogen usw. für seinen Bezirk ausarbeitet. Die Einheitlichkeit fehlt. Ob diese, entsprechend den Erklärungen der Regierungsvertreter in der Budgetkommission des Reichstags im April, noch nachträglich wird hergestellt werden können, erscheint zweifelhaft. Im allgemeinen sollen Ortsausschüsse gebildet werden. Die Zusammensetzung dieser Ortsausschüsse kann den Organisationen nicht gleichgültig bleiben. Hierin gehören hauptsächlich Leute aus der Industrie und dem Handel, denn diese sind in erster Linie in der Lage, neben dem Arzt die Verwendbarkeit eines Kriegsinvaliden für diese oder jene Arbeit zu beurteilen. Da nahezu 1 Million Gewerkschaftsmitglieder im Felde stehen, wird auch hierbei ein entsprechender Prozentsatz Kriegsinvalider in Betracht kommen. Diese dürfen den Gewerkschaften als Mitglieder nicht verloren gehen. Aber nicht dieses Interesse kommt in erster Linie in Betracht, sondern vielmehr das weitaus wichtigere, daß die Kriegsinvaliden auf die richtige Stelle gestellt werden, um die verbleibende Arbeitskraft auszunutzen zu können. Die Berufsberatung ist in richtige Bahnen zu leiten, damit nicht Mißmut und Verdruß unter den Beteiligten geschaffen wird. Mit dem guten Herzen aller derer, die gern helfen wollen, ist es nicht getan. Von diesem Gesichtspunkt aus erfolgte, um von dem bis jetzt vorliegenden Fällen

nur zwei herauszugreifen, die Unterbringung der Kriegsinvaliden. In dem einen Fall handelte es sich um einen Buchdrucker, der den rechten Arm verloren hatte. Dem wurde eine Wächterstelle in einem großen Fabrikbetriebe nachgewiesen. Man denke man, der Wächter hat dafür zu sorgen, daß das Eigentum unangefastet bleibt, er hat bei Einbrüchen usw. eventuell einen Kampf aufzunehmen, um die Verbredler zu verjagen. Die Ueberwältigung eines Einarmigen wird leicht geschehen können, man gefährdet also das Leben des Mannes. Ein anderer Fall: Da wird ein Einarmiger zum Schmirer der Maschinen in einer großen Metallwarenfabrik untergebracht. Der Mann muß, auf der Leiter stehend, in der einen ihm verbliebenen Hand die Oelkanne halten, um die warm gelauenen Stellen zu schmirern, seine Arbeit verrichten. Ein leichter Schwindelanfall, ein Ausgleiten der Leiter, ein kurzer Schritt schleubert den Mann in das Getriebe, sein Leben ist also im höchsten Grade gefährdet. Wenige Tage nach seiner Anstellung gab der Mann seine Stellung auf, darob Kopfschütteln bei den Leuten mit dem guten Herzen, die den Mann so gut versorgt glauben. Hier fehlten eben die Fachmänner, die Berufsberater aus der Praxis.

Aber noch ein anderer Grund ist es, und wahrlich nicht der letzte und kleinste, der den Gewerkschaften die Pflicht auferlegt, der Unterbringung der Verkrüppelten in geeignete Stellen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das ist die Lohnfrage. Wir hörten in den letzten Monaten soviel vom Dank des Vaterlandes den Soldaten gegenüber, die ihr Leben und ihre Gesundheit einsetzten, damit wir Daseinsgebliebenen unser schützendes Dach über dem Haupte behielten, der Feind außerhalb der deutschen Grenze gebannt wurde. Die Dankeschuld des Vaterlandes soll auch vornehmlich den Kriegsinvaliden zugute kommen, denn Zustände wie nach 1870/71, wo man die Krüppel, mit einem Leierkasten versehen, in die Lande schickte, dürfen sich nicht wiederholen. Auch wir müssen dies wünschen und fordern.

Von Regierungsvertretern ist zugesagt worden, daß der etwaige Verdienst eines Kriegsinvaliden nicht zum Rentendruck benutzt werden soll; andererseits haben Organisationen der Arbeitgeber erklärt, die Rente nicht zum Lohndruck zu benutzen. Derartige Versicherungen stehen die Arbeiter, gestützt auf ihre Erfahrungen, mit Mißtrauen gegenüber. Hier gilt es bestimmte Garantien zu schaffen. Diese können nur geschaffen werden, wenn die Berufsberatungsausschüsse gleichsam amtlichen Charakter erhalten mit der Bestimmung, bei eintretenden Streitfällen vermittelnd einzugreifen. Sind doch jetzt schon, wo das Danksgefühl noch warm ist, in der Öffentlichkeit Fälle bekannt geworden, in denen man Kriegsinvaliden nicht gerade vornehm gegenüber behandelt hat.

Beispielsweise wurde ein in einer Waggonfabrik bis zum Kriegsausbruch beschäftigter Arbeiter, der zum Krüppel geworden war, dortselbst wieder eingestellt. Auf seine Vorstellungen, daß er doch die bisherige Arbeit nicht mehr leisten könne, weil sie für ihn zu schwer, wurde ihm gesagt, andere könne er nicht erhalten, dann müsse er eben aufhören, im übrigen würde die Rente auf seinen Lohn angerechnet. Ein anderer Fall: Ein einarmiger Arbeiter bewarb sich in einem großen Werk um eine Votenstelle. Zum Vertreter der Direktion vorgeladen, wurde ihm gesagt, daß man ihn einstellen wolle, wenn man über den Lohn einig würde. Die Voten erhielten 75 Mk. pro Monat, das heißt, wenn sie zwei Arme hätten, da er, der Bewerber nur einen habe, könne man nur entsprechenden Lohn zahlen. Der Arbeiter zog es vor, die Stellung nicht anzutreten. Im dritten hier mitzuteilenden Fall handelte es sich um einen vor Kriegsausbruch bereits 16 Jahre lang im Betriebe beschäftigten Arbeiter, der durch den Krieg ein Bein verloren hatte. Auf seine Anfrage um Beschäftigung wurde ihm mitgeteilt, daß er nicht wieder eingestellt werden könne, da passende Arbeit für ihn nicht vorhanden. Dabei werden in diesem Betriebe Hunderte von Arbeitern beschäftigt. Trotz 16 Jahre langer Beschäftigung findet sich für diesen Arbeiter im Betriebe nichts „Passendes“.

Meines Erachtens müßte gefordert werden, daß derartige große Betriebe die zum Kriegsinvaliden gewordenen Arbeiter, die vordem dort beschäftigt waren, wieder einzustellen haben. Wenn sich in derartigen Betrieben nichts Passendes findet, wie soll dann im Handwerk, wo der Meister oft nur einen oder zwei Gesellen und Arbeiter beschäftigt, die Unterbringung möglich sein?

Des weiteren wäre in jedem Vertrag, den das Reich, der Staat oder die Kommunen mit Privatunternehmern abschließen, die Bestimmung aufzunehmen, daß der Lieferungsauftrag nur erfolgt, wenn entsprechend der Art des Betriebes und der Zahl der beschäftigten Arbeiter auch eine Anzahl

Kriegsverletzte beschäftigt werden. Auch der Staat kann und muß in seinen zahlreichen Betrieben eine Anzahl Kriegsinvaliden aufnehmen.

Für unsere Kollegenschaft gewinnt die Unterbringung der Kriegsverletzten noch weiter an Bedeutung, da man leicht geneigt ist, in Laienkreisen unser Gewerbe als ein solches zu bezeichnen, dessen Ausübung leicht ist und daher vornehmlich Kriegsverletzte aufnehmen kann. Genau wie das von der Tabakindustrie gesagt wird.

Sind an irgendeinem Orte derartige Unterbringungen im Gange, müssen unsere Vertreter darauf sehen, daß die Kriegsverletzten entsprechend ihren Leistungen auch entlohnt werden, und da, wo sie Akkordarbeit verrichten, die Tariffabe gezahlt werden. Geschieht dieses nicht, ist einzugreifen. Ohne Mithilfe der organisierten Arbeiterschaft, die, wie oben dargelegt, bestimmte Garantien zu fordern berechtigt ist, wird niemals eine durchgreifende Fürsorge für die Kriegsinvaliden zustande kommen.

Schließt man die Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen von der Mitarbeit aus, wird man die Erfahrung machen müssen, daß das Vertrauen der Beteiligten fehlt.

Bei manchen Arbeiten wird der Kriegsverletzte auf die Unterstützung seiner Arbeitskollegen angewiesen sein, die schließlich nicht mit der nötigen Freude oder überhaupt nicht gewährt wird, wenn die Gefahr besteht, daß der Kriegsverletzte benutzt werden soll, den Lohn zu drücken, dem Arbeitgeber lediglich eine billige Arbeitskraft zu verschaffen.

Als soziales Verhältnis bei diesen Maßnahmen kann werden sie nicht zum Nachteil der anderen gefunden Arbeiter, sondern zum Vorteil für die Kriegsverletzten, und nicht zuletzt zum Wohle der Gesamtheit ausschlagen.

Berlin. Eugen Prädner.

Teuerungszulagen.

Der Verband Deutscher Buchbindermeister hat in seiner Generalversammlung auch zu unserem Gesuch betreffs Teuerungszulagen Stellung genommen und unserem Verbandsvorstande darauf mitgeteilt, daß die „Gewährung einer solchen Zulage der Entschädigung der einzelnen Firmen überlassen bleiben muß“. Begründet wird diese Stellungnahme damit, daß die Prinzipale im Buchbindergewerbe unter den durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnissen ebenso leiden wie die Gehilfenchaft, daß die Materialien teurer geworden, die Lieferanten rigoros, die Kreditverhältnisse schwieriger und die Einziehung der Gelder von der Kundschaft mit größter Mühe verbunden sei, während die Umsätze weiterlaufen und kaum die Spesen decken. Die Betriebe hätten mehrfach lediglich deshalb Ausbesserarbeiten angenommen, um die Arbeiterkraft überhaupt beschäftigen zu können. Daneben wären auch den Angehörigen von im Felde stehenden Arbeitern nicht unerhebliche Unterstützungen zugeflossen. Unter diesen Umständen wäre es unmöglich, obgleich die Teuerung der Lebensverhältnisse nicht bekannt worden wäre, eine allgemeine Lohnzulage zu gewähren, „zumal andererseits die Löhne im Buchbindergewerbe ohnedies durchaus auskömmliche sind“.

Dieser letztere Grund entbehrt in dieser Teuerungszeit jeder Beweisskraft, denn er ist lediglich eine leere Behauptung, die durch nichts erwiesen ist. Er ist übrigens ein uralter Bekannter, der uns fast bei jeder Lohnbewegung entgegengehalten wurde, der aber bei der jetzigen Leitung des Arbeitgeberverbandes ganz besonders angehen zu sein scheint. Bei den heutigen unerschwinglichen Preisen für die notwendigsten Lebensmittel eine solche Behauptung aufzustellen, sich zu keiner, auch nicht der leisesten Empfehlung von Teuerungszulagen aufzuschwingen, ist nicht zu rechtfertigen und unentschuldigbar. Sie stimmt leider auch verdammt wenig mit dem früher so oft gehörten Versicherungen von dem „stets berechneten Entgegenkommen der Arbeitgeber“ bei gerechtfertigten Wünschen der Arbeiterschaft überein. Unsere Kollegen werden sich nunmehr an die einzelnen Firmen wegen Teuerungszulagen wenden müssen, unter Berufung auf das Schreiben des Arbeitgeberverbandes.

Ein streng vertrauliches Zirkular gegen Teuerungszulagen verfasste Herr Adolf Ludwig, Vorstandsmitglied des Verbandes Berliner Buchbindermeister und Mitglied des Berliner Tariffschieds-

gerichts. Er bezieht sich bei seinem edlen Beginnen auf den „Mangel an geschulten Kräften“ und daß die Löhne an und für sich schon sehr hoch seien, da die besonders im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter „infolge körperlicher Gebrechen oder vorgerückten Alters kaum noch instande seien, den Stundenlohn, den sie bekommen, zu verdienen“. Auch für die Arbeiterinnen „sind anerkanntermaßen die gebotenen Lohnentschädigungen so hoch, wie sie kaum in einem anderen Gewerbe üblich sind“. Selbst „Mädchen, die kaum 6 Wochen im Verufe tätig sind, wären nach dieser Zeit als geübte Arbeiterinnen zu erklären und mit einem Stundenlohn von 40 Pfennig zu entschädigen“. „Ferner ist zu beobachten, daß mit Erhöhung der Lohnsätze auch sofort die damit zusammenhängenden Beträge für Krankenlöhne, Unfallversicherung, Berufsgenossenschaft und Invalidenversicherung steigen würden.“

Herr Ludwig hat alle Veranlassung, sein Zirkular als „streng vertraulich“ in die Welt hinauszuführen, denn die Berliner Kollegen und Kolleginnen werden höchst darüber erstaunt sein, daß gerade er, Ludwig, von den „hohen“ Löhnen redet. Reichen doch bei ihm die Konflikte wegen Nichterhaltung des Tariffs fast niemals ab, hat er doch erst jüngst Arbeiterinnen, die mit Männerarbeiten beschäftigt wurden, mit sage und schreibe 8—10 Mk. Wochenverdienst entlohnt. Wundert man sich doch schon seit langem darüber, daß die Arbeitgeber einen solchen „tarifreuen“ Mann immer wieder ins Tariffschiedsgericht wählen.

Auch die Dresdner Arbeitgeber erwidern sich im allgemeinen als sehr wenig gefreudig, denn von Hinweisen auf die Teuerung der Materialien, der Schwierigkeiten löhnender Auftragsbeschaffung usw. werden selbstverständlich unsere Kollegen auch nicht fassend. Noch unangebrachter ist die Bezugnahme auf den „Burgfrieden“, mit dem Herr Luraich in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“ glaubt uns abfertigen zu können auf unsere Anfrage, was er zu der in Nr. 23 im Facsimile wiedergegebenen Postkarte eines ehrsamem Buchbindermeisters sage. Denn der richtig vorhandene „Burgfrieden“ soll doch eben dazu dienen, daß die Meister berechtigten Forderungen ihrer „Gesellen“ auch ohne Lohnbewegungen Berücksichtigung zuteil werden lassen. Immerhin hält auch Herr Luraich jene Karte nicht für schädlich, denn er schreibt: „Der Meister aber, wenn es ein solcher sein sollte, der diesem Nichtkönnen (der Bewilligung einer Teuerungszulage — D. A.) in solcher rüpelhaften und da nicht unterworfenen, auch feigen Weise, Ausdruck verleiht, dem würde ich einen Platz in der Zeitschrift nicht gönnen, sondern seinem Erzeugnis einen Platz in der Späneliste anweisen.“ Vielleicht erkundigt sich Herr Luraich einmal bei Herrn Buchbindermeister Paul Teitler, Dresden-A., Carusstr. 14, wer der Schreiber jener Postkarte war, der darüber am Ende Auskunft geben könnte.

Von Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: Das Gesuch wegen Teuerungszulagen verhandelt wir an alle in Betracht kommenden Betriebe und Vereinigungen unserer Arbeitgeber hier und in Offenbach. Von den Antworten der Vereinigungen ist die der „Freien Vereinigung selbständiger Buchbinder von Frankfurt a. M.“ hervorzuheben, welche besagt, daß ihre Mitglieder bereit sind, den Gehilfen, und solche kommen bei diesen in der Hauptsache in Frage, eine entsprechende Zulage zu gewähren. Sie weist ferner darauf hin, daß schon vor dem Versand des Gesuches verschiedene Firmen solche gaben und wir müssen sagen, daß verschiedene Mitglieder der Vereinigung entgegenkommend waren durch Erhöhung des Lohnes um wöchentlich 2 Mk., wofür wir mit unserer Anerkennung nicht zurückhalten. Vom Verband Süddeutscher Kartonagenfabrikanten, Ortsgruppe Offenbach, kam die Nachricht, daß schon ihr Zentralverband seinen Mitgliedern einen entsprechenden Hinweis gab, dem Gesuch stattzugeben, und einige Firmen kamen dem auch durch Lohn-erhöhung nach. Dieselbe Arbeitgeberorganisation für Frankfurt a. M. antwortete bis jetzt noch nicht. Auch von der Prinzipalsvereinigung der Buchdrucker kam noch keine die Sache selbst berührende Nachricht, außer der Empfangsbefähigung. Doch hoffen wir auch hier auf eine günstige Erledigung. Einige Druckereien erklärten ihr Einverständnis mit dem Gesuch und ihre Bereitwilligkeit zu einer Zulage, die wieder andere Firmen schon vor dem Gesuch gegeben hatten. Von den Buchbindermeistern Offenbachs vermissen wir ebenfalls noch Antwort. Wir denken aber, Antwort von ihnen und von denjenigen Organisationen oder Firmen, wo sie noch aussteht, bald zu erhalten und daraus Günstiges berichten zu können. Nach Lage der Verhältnisse kann man ja nicht erwarten, daß durch eventuelle Zulagen ein Ausgleich der Spannung zwischen Lohn und Teuerung stattfindend wird. Die Arbeiterschaft wird nach wie vor von letzterer am meisten betroffen sein. Allein mit einigen guten Willen von seiten der Arbeitgeber wird sich diese mildern lassen.

In Rathenow haben leider nicht alle Stuisfabrikanten den Beschluß ihrer Vereinigung, der eine zehnprozentige Lohnerrhöhung zugestand, bisher ausgeführt. Im Gegenteil versuchen einzelne Arbeitgeber bei einfachen Brillen- und Binnezeugnissen den Lohn dergestalt zu drücken, daß sie für Stuis aus Pappe weniger als für die aus Schrenz bezahlen wollen, was selbst nach dem Urteil von gerechtdenkenden Fabrikanten völlig ungerechtfertigt ist; eher müßten für Pappstus mehr bezahlt werden, weil sich Pappe schlechter verarbeiten läßt als Schrenz. Gestagt wird auch seitens der Arbeitgeber über die Schmutzkonfurrenz einzelner ihrer Kollegen, die trotz Arbeitermangels und dementsprechend genügend Aufträgen, anstatt die Preise für die Fabrikate zu heben, wozu jetzt die günstigste Gelegenheit vorhanden sei, noch als Preisdrücker schlimmster Art bei der Kundschaft auftreten. In Rathenow liegt es aber tatsächlich nur an den Arbeitern, besonders den Stumarbeitern, wenn sie sich solche unwürdige Behandlung von einzelnen Arbeitgebern gefallen lassen. Doch sind bereits Schritte unternommen, um sie zum Widerstand aufzufordern, und auch die lohndrückerischen und tarifuntreuen Arbeitgeber sind erjucht worden, ihr Wort zu halten.

In Rathenow könnte der bekannte Generalsekretär Kasse Studien darüber machen, wie ruinierend für die ganze Industrie seine Scharfmachertheorie von den niederen Löhnen und Vermeidung fester Tariffgemeinschaften gewirkt hat. Seit dem letzten langwährenden Streik im Jahre 1910 ist die ganze Stuisindustrie Rathenows furchtbar heruntergegangen, nicht trotz der niedrigen Löhne, sondern gerade wegen der niedrigen Löhne, die die geschulten Arbeitskräfte verheuchelt haben und die Qualitätsarbeit nicht aufkommen lassen.

Aus unserem Beruf.

Landsturmmänner als Buchbinder in Brüssel.

Von einem Kollegen, der als Landsturmmann in der Kriegsdruckerei in Brüssel als Buchbinder arbeitet, wird uns mitgeteilt, daß in dieser Druckerei 4 Kollegen bei achtstündiger Arbeit beschäftigt werden, die sich dort natürlich wohler als im Schichtengraben befinden. Der Kollege sandte uns auch drei Nummern der in der Kriegsdruckerei hergestellten illustrierten, wöchentlich einmal in drei Sprachen — flämisch, Deutsch, französisch — erscheinenden Zeitschrift „Het Rode Kruis“ — „Das Rote Kreuz“ — „La Croix Rouge“ zu, die „nur der Intelligenz der Menschlichkeit dienen soll, wie es am Kopfe heißt. Sie bringt Artikel über die deutsche Arbeiterversicherung, Sozialversicherung, „Was die Deutschen von Belgien kaufen und kaufen können“ usw. Möge es unserem Kollegen auch fernerhin dort wohl ergehen!

Auszeichnungen.

Der Kollege Philipp Wischwig aus Grünstadt in der Pfalz wurde infolge seiner tapferen Tätigkeit als Krankenträger auf dem östlichen Kriegsschauplatz durch Verleihung des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet.

Ferner erhielt das Eiserne Kreuz der Kollege Friedrich Hermann, zuletzt Mitglied in Stuttgart.

Das Schuhmacher-Fachblatt und „der sogenannte Genosse Kloth“.

Im „Schuhmacher-Fachblatt“, dessen Redakteur der Reichstagsabgeordnete Rod ist, wird „ein Artikel des sogenannten Genossen Emil Kloth, Vorsitzender des Deutschen Buchbinderverbandes“ — wie es geschmackvoll im „Schuhmacher-Fachblatt“ heißt — in der „Chemnitzer Volksstimme“ kritisiert. Warum diese Kritik gerade im Verbandsorgan der Schuhmacher, anstatt in einem politischen Organ erscheinen mußte, lasse ich dahingestellt. Zu einer Gegenkritik ist die „Buchbinder-Zeitung“ nicht der geeignete Platz, weshalb ich auf sie auch hier ver-

zichte. Nur über den Begriff des „sogenannten Genossen“ gestatte man mir einige Worte der Abwehr.

Eine der schürstigen Figuren unter den sich radikal nennenden, aber in Wirklichkeit konservativ an althergebrachten Schlagworten hängenden Genossen ist unstreitig der Schuhbinder-Medakteur Wilhelm Bod in Gotha. Neben seiner Stellung als Medakteur bekleidet er noch die als Leiter einer Druckerei und Verlagsanstalt und ist außerdem im Ehrenamt noch Reichstags- und Landtagsabgeordneter. Er ist „radikal“ bis auf die Knochen und daher auch nicht bloß ein „sogenannter“, sondern ein „waschechter“ Genosse, trotzdem er in einem Wahlkreise gewählt ist, dessen Bevölkerung nicht weniger als radikal ist und die, soweit unser Beruf wenigstens in Betracht kommt, für gewerkschaftliche Bestrebungen wenig empfänglich ist. Nun, der „Radikale“ Bod läßt auch mit sich reden; er hängt seinen Radikalismus kurzweg an den Nagel, wenn es andere Umstände gebieten. So wurde er z. B. feinerzeit von seinen sogenannten radikalen Genossen arg mitgenommen, als er im Landtag von Gotha für das Budget gestimmt, was bekanntlich eine Todsünde gegen den radikalen Katechismus ist. Als im Vorjahre das im Verlage Bods erscheinende „Gothaer Volksblatt“ verboten wurde, legte Bod demütig vor der Militärbehörde das Versprechen ab, daß das „Volksblatt“ zukünftig gemäßigter schreiben würde. Als dann abermals das Blatt verboten wurde, gründete der „waschechte“ Genosse Bod frisch, fromm, frei einen

„unparteiischen Generalanzeiger“! Im Reichstag hat allerdings dieser „Gewerkschaftler“ zu den wenigen Reichstagsabgeordneten aus gewerkschaftlichen Kreisen gehört, die die Kriegskredite bezw. das Budget ablehnten; am 4. August stand Bod sogar „allein auf weiter Flur“, da stimmte auch der Vorsitzende des Schuhmacherverbandes, Simon, für die Kriegskredite.

Wer also so wie Bod im Glashaufe sitzt, sollte doch nicht nach anderen mit Steinen werfen!

Emil Kloth.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.

B. = Bevollmächtigter.

K. = Kassierer (in einzelnen Fällen auch Unterstützungsausgeber).

Göhnis, E.-A. K. W. Klotz, Zwidauer Str. 50, Restaurant Mäger.

Arbeitsmarkt.

Verlangt werden:

Alle Anfragen wegen offener Stellen sind nur an die Bevollmächtigten der bezeichneten Orte zu richten, soweit nichts anderes besonders angegeben ist.)

Erfurt: Gesucht werden für eine Geschäftsbücherei 1 Liniierer, 1 Vorrichter und 1 Fertigmacher.

Anzeigen

Inserem langjährigen Vorjüngenden

Emil Schäfer

sagen wir anlässlich seines Weggangs von hier für seine aufopfernde Tätigkeit für die hiesige Zahlstelle unsern besten Dank.

Mitglieder der Zahlstelle Konstanz.



**Kostenfreier
Arbeitsnachweis
für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig**

Am 18. Juni, morgens 6 Uhr, verschied nach kurzer, schwerer Krankheit plötzlich infolge Herzschwäche unser guter, lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Hermann Pieper sen.

im 72. Lebensjahre.

Zu Ramen aller Anverwandten zeigen dies an:

Herrmann Pieper jun.

4. St. in franz. Kriegsgefangenschaft in Afrika

Eise Pieper, Komödienstr. 26.

Welschtraße, Köln, Hamburg, Renscheid,

Münster, im Juni 1915.

Die Einäscherung des lieben Verstorbenen fand am Dienstag, den 22. Juni, zu Mainz statt.

Fleißiger Buchbinder, selbständiger Arbeiter, findet in meiner Buchbindererei sofort dauernde Stellung.

Wochen, Juni 1915. **Emil Roth, Verlagsbuchhandlung.**

Rheumatismus
Gicht, Ischias,
Nervenleidenden

Aus Dankbarkeit teile ich jedermann umsonst brieflich mit, wie ich von meinem schweren Leiden befreit wurde.

Käthi Bauer, München
Perhamerstraße Nr. 9 B. 78

Buchbinderspäne Schreibheftspäne etc.

kauft zu guten Preisen gegen sofortige Barzahlung
Samuel Meyer, Berlin-Lichtenberg,
Herzbergstr. 26.

Ehren-Tafel für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.

Bei einem Sturmangriff auf Bezaußitz in Ostpreußen fiel unser Kollege

Paul Müller

geb. am 28. März 1893 in Virlach, eingetreten in unsern Verband in Stuttgart am 18. Mai 1911, zuletzt Mitglied in Stuttgart.

Am 20. Mai fiel bei einem Sturmangriff unser Kollege

Albert Möhrke

geb. am 16. Januar 1894 in Bielefeld, eingetreten in unsern Verband am 11. Januar 1913 ebenfalls in Bielefeld, wo er auch bis zu seiner Einberufung Mitglied war.

In der Nacht vom 19. zum 20. Mai fiel in einem Gefecht auf dem östlichen Kriegsschauplatz unser Kollege

Friedrich Braun

geb. am 6. März 1891 in Kirchheim in Württemberg, eingetreten in unsern Verband am 4. Juni 1910, zuletzt Mitglied ebenfalls in Stuttgart.

Am 24. Mai fiel an der Front im Westen unser Kollege

Thomas Seitz

geb. am 2. Januar 1896 in München, eingetreten in unsern Verband am 2. Januar 1911, ebenfalls in München, wo er auch zuletzt Mitglied war.

Am 2. Juni fiel im Kampfe bei Arras unser Kollege

Johann Tremel

geb. am 1. Juni 1880 in München, eingetreten in den Verband am 18. November 1911 und zuletzt Mitglied ebenfalls in München.

Auf dem Schlachtfelde in Frankreich fiel unser Kollege

Fritz Endreß

geb. am 28. Januar 1888 in Bamberg, eingetreten in unsern Verband am 8. Januar 1910 in Nürnberg-Fürth, zuletzt Mitglied in Nürnberg-Fürth.

Am 5. November 1914 fiel bei Messines in Frankreich der Kollege

Otto Keller

geb. am 6. Juli 1893 in Heilbronn, eingetreten in unsern Verband in Heilbronn am 1. Oktober 1913, zuletzt Mitglied in Heilbronn.

Am 18. Februar 1915 fiel im Argonnerwald der Kollege

Friedrich Rothenbacher

geb. am 15. Juni 1896 in Heilbronn, eingetreten in unsern Verband in Heilbronn am 15. April 1911, zuletzt Mitglied in Heilbronn.

Am 21. Februar fiel in Nordfrankreich der Kollege

Hermann Striegel

geb. am 4. September 1894 in Heilbronn, eingetreten in unsern Verband in Heilbronn am 6. September 1912, zuletzt Mitglied in Heilbronn.

Seinen Wunden erlag in einem Lazarett in Galizien der Kollege

Carl Arnold

geb. am 12. Juni 1884 in Leihgestern, eingetreten in unsern Verband in Würzburg am 13. Juni 1905, zuletzt Mitglied in Berlin.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden
Deutschlands
ein ehrendes Andenken!